



K u r z b e r i c h t

über die

153. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
am Mittwoch, dem 18. Januar 2017, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:10 Uhr

Der Ausschuss ließ sich im Wege der Selbstbefassung vor dem Hintergrund des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum **Sechsten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/4969](#), durch die Staatskanzlei über die zukünftige Ausgestaltung der Medienkompetenzvermittlung in Schleswig-Holstein berichten.

Er setzte außerdem seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der FDP, **Ausstattung der Landespolizei mit mobilen Endgeräten**, [Drucksache 18/4723](#), mit einem Bericht von Vertretern der Polizei Niedersachsen zur Einführung mobiler Endgeräte in der Polizei Niedersachsen fort.

Der Ausschuss beriet über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Modernisierung der elektronischen Verwaltung**, [Drucksache 18/4663](#), auf der Grundlage der im schriftlichen Anhörungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen. Die Fraktion der PIRATEN legte zur Sitzung einen Änderungsantrag vor, [Umdruck 18/7244](#). Die regierungstragenden Fraktionen kündigten ebenfalls einen Änderungsantrag an. Der Ausschuss kam überein, sobald dieser vorliegt, seine Beratungen fortzusetzen und nahm für die zweite Lesung des Gesetzentwurfs das März-Plenum des Landtags in Aussicht.

Nach Ablehnung des Verfahrensantrags der Fraktion der PIRATEN, zusätzlich zur schriftlichen auch noch eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Sicherung von Dauerwohnraum**, [Drucksache 18/2108](#) durchzuführen, mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW, schloss der Ausschuss seine Beratungen zu der Vorlage ab. Der im Rahmen der Ausschussberatung vorgelegte Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/7236](#), wurde gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW abgelehnt. Der Ausschuss empfahl mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur Sicherung von Dauerwohnraum (Wohnraumsicherungsgesetz), [Drucksache 18/2108](#), abzulehnen.

Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig die Durchführung einer mündlichen Anhörung des Richterverbands, der Neuen Richtervereinigung und des Bundes deutscher Juristinnen zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, **Gerichte und Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/4360](#).

Der Ausschuss nahm seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines **Rettungsdienstgesetzes**, [Drucksache 18/4586](#), erneut auf und beschloss einstimmig den im Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/7231](#), enthaltenen Gutachtenauftrag an den Wissenschaftlichen Dienst mit der Bitte um Abgabe seiner Stellungnahme gegenüber dem Sozialausschuss möglichst bis zu seiner nächsten Sitzung am 2. Februar 2017. Der Innen- und Rechtsausschuss schloss damit seine Beratungen zu der Vorlage ab.

Schluss: 16:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder